

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Beistellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengedruckte 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 69

Halver, Mittwoch, den 22. März

1950

Erneutes Angebot des Bundeskanzlers an Frankreich

Adenauer schlägt nun Wirtschaftsunion vor

Nur ein geeintes Europa kann Sowjetrußland vom Kriege abhalten

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. März

Dr. Adenauer spricht sich in einem Interview INS mit der Nachrichtenagentur für die sofortige Errichtung eines parlamentarischen Rates aus französischen und deutschen Vertretern aus, der die Wirtschaftseinheit zwischen Frankreich und Deutschland schaffen und lenken soll. Da die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen zu Frankreich unterhält, ermächtigte Dr. Adenauer die Nachrichtenagentur, den Vorschlag als offizielles Angebot an die französische Regierung zu veröffentlichen. Dr. Adenauer will in diesem Interview einen Weg zeigen, auf dem sein am 7. März gemachter Vorschlag einer französisch-deutschen Union verwirklicht werden kann.

Gegenüber den bestehenden Gefahren durch die ständig steigende politische Spannung, so erklärte Dr. Adenauer, schienen einige europäische Politiker blind zu sein, genau so blind, wie verschiedene gegenüber Hitler waren. Man müsse aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen und sich zu einem kühnen Entschluß durchringen.

Adenauer warnte vor dem Gefühl, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle. Nach seiner Überzeugung lohne sich jeder Krieg, der Europa in sowjetische Hände spiele und damit europäische Intelligenz und die europäische Arbeitskraft in die Sklaverei bringe. „Ob die Vereinigten Staaten“, so sagte er, „für die Befreiung eines vereinigten Europas“ kämpfen würden, scheint mir nicht nur fraglich, sondern sogar unwahrscheinlich. Darum glaube ich, daß der Anreiz, einen Krieg zu führen, für Sowjetrußland größer ist, als allgemein angenommen wird. Unter diesen Umständen kann der Friede nur dann gesichert werden, wenn die sowjetischen Führer von der Aussichtslosigkeit einer Eroberung Europas überzeugt sind.“ Eine Eroberung Europas durch Sowjetrußland bedeute die Beseitigung aller derjenigen Elemente, auf die sich die USA bei einem Befreiungsversuch stützen müßten.

Der Kanzler verglich die europäische Situation mit der Lage Deutschlands am Ende der napoleonischen Kriege, als es noch zahllose kleine eigenständige Staaten mit komplizierten Zollschränken gab. Die Lösung dieses deutschen Problems durch die Zollunion und ein Parlament habe den „deutschen Bund“ ergeben. Mit demselben Verfahren könne man die französisch-deutsche Union schaffen. Adenauer sagte: „Das Werkzeug für eine solche Union könnte ein gemeinsames Wirtschaftsparlament sein, dessen Mitglieder aus den gesetzgebenden Körperschaften beider Länder gewählt würden. Die beiden Regierungen könnten ihrerseits ein Organ bestimmen, welches gemeinsam mit dem Wirtschaftsparlament verantwortlich wäre. Die Aufgaben des Wirtschaftsparlamentes und der Regierungsvertretung würden sich im Laufe der Zeit erweitern können, um die Vereinigung beider Länder schrittweise herbeizuführen.“

Die Saarkonventionen geben ein Beispiel, auf welche Weise zwei Länder verschmolzen werden können. Die psychologischen Auswirkungen sind so groß, daß sie kaum abzuschätzen sind. Die französischen Ansprüche auf Sicherheit können so befriedigt und das Wachstum eines deutschen Nationalismus verhindert werden. Auch auf den Europarat würde eine Union zwischen Frankreich und Deutschland einen fördernden Einfluß ausüben. Nicht zuletzt ist die Wirksamkeit des europäischen Rates dadurch eingeschränkt worden, daß keine echte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeigeführt werden konnte.

Dr. Adenauer meinte, daß die von ihm vorgeschlagene Vereinigung in den Benelux-Staaten, den skandinavischen Ländern und in Italien begrüßt würde, und diese Länder sicherlich bereit sein würden, sich einer solchen Union anzuschließen. Die französisch-deutsche Union würde sich als ein Auftrieb für den Marshallplan erweisen, und beide Länder würden als erste die Ziele erreichen, die den Vätern des Marshallplanes vorschwebten. Er ist der Überzeugung, daß die Union einen wesentlich verbesserten Lebensstandard herbeiführen würde, denn je größer ein Wirtschaftsgebiet sei, desto besser lasse es sich entwickeln, wie das Beispiel der USA gezeigt habe.

Die Union würde die politische Lage über Nacht ändern. Der kalte Krieg beruhe auf psychologischer Kriegführung. Wenn Sowjetrußland von der festen Entschlossenheit Westeuropas überzeugt werden könnte, einen neuen und entscheidenden Schritt tun zu wollen, so hätte das einen sehr tiefgehenden Einfluß auf die sowjetische Politik gegenüber Europa und

der Welt. Dieses starke Europa würde durch Rußland geachtet werden, aber nicht stark genug sein, um eine ernsthafte Bedrohung der Sowjetunion darzustellen.

„Abschließend möchte ich nochmals betonen“, so erklärte Dr. Adenauer, „daß in einer ersten Lage die ‚Flucht nach vorn‘ am sichersten zu einem Erfolge führt. Europa darf die Augen nicht vor der Gefahr der Stunde verschließen. Blindheit bedeutet Kapitulation, weil sie die Kraft des Handelns lähmt. Die Zeit des Handelns ist gekommen. Möchte Europa die rechten Entschlüsse fassen, um einer besseren und gesicherteren Zukunft entgegenzusehen. Die Zeit flieht!“

„Gefühl des Verständnisses“

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. März

Zu dem neuen Adenauer-Interview teilte ein Sprecher der Bundesregierung in der Bundespressekonferenz mit, daß das Kabinett sich mit den in dem Interview vertretenen Gedanken gängen befaßt habe. Wenn die Saarkrage nur an einer einzigen Stelle erwähnt sei, so liege der

Grund darin, daß es sich bei dieser Frage und dem Gedanken einer deutsch-französischen Union um zwei verschiedene Komplexe handele. Die in dem Interview durch den Bundeskanzler ausgesprochenen Ansichten könnten nach dessen Überzeugung eine brauchbare Diskussionsgrundlage sein, um eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen herbeizuführen. Der Bundeskanzler habe Gelegenheit genommen, um einmal in aller Ausführlichkeit seine Gedanken auszusprechen. Wenn er den Weg eines Interviews mit Mr. Kingsbury Smith von INS gewählt habe, so sei dies eine

Paris und Washington find interessiert

London macht dem Adenauer-Vorschlag gegenüber Vorbehalte

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. März

Die ersten Nachrichten über die Aufnahme, die der erneute Vorschlag Adenauers für eine deutsch-französische Wirtschaftsunion gefunden

hat, lassen erkennen, daß Frankreich nunmehr doch stärkstes Interesse zeigt. Jedenfalls haben amtliche Kreise in Paris erklärt, der erneute Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers müsse von französischer Seite gründlich geprüft werden. Man habe bisher in Frankreich angenommen, daß die Vorschläge Adenauers in erster Linie von innenpolitischen Erwägungen diktiert gewesen seien. Man müsse jedoch jetzt einsehen, daß das offenbar nicht der Fall sei. Wie verlautet, will Außenminister Schuman den Vorschlag mit dem Generalsekretär Alexandre Parodi beraten.

Aus Washington wird berichtet, daß die amtlichen Kreise den Adenauer-Vorschlag begrüßen und ihn als Eckstein der europäischen Einheit anzusehen geneigt sind. Allerdings ist man hinsichtlich der Haltung Frankreichs in den USA etwas skeptisch, da man glaubt, daß Paris das Mißtrauen gegenüber Deutschland nicht so schnell überwinden werde. In Londoner politischen Kreisen steht man allerdings dem Vorschlag, soweit das aus den bisherigen Nachrichten zu ersehen ist, ablehnend gegenüber, und macht ihm gegenüber zumindest einige Vorbehalte.

Die deutsche Zweiteilung

dmt. Zürich, 21. März

Als eine überaus „glückliche Maßnahme“ bezeichnet ein Artikel in der in Zürich erscheinenden „Evangelischen Volkszeitung“ die Zweiteilung Deutschlands in eine westliche und eine östliche Zone. Der Verfasser des Aufsatzes erklärt: „Die Zweiteilung mag für manche deutsche Familie, für manche Betrieb bedauerlich, für alle militanten Nationalsozialisten unerträglich sein — für Deutschland, für Europa und für die Welt ist sie ein großes Glück (II). Durch diese Zweiteilung wird die deutsche Militärmacht praktisch aufgehoben.“ Bezeichnend für die Tonart und Argumentation des Artikels ist die Warnung, nicht auf jene wohlberechneten Jeremiaden hereinzufallen, welche vom Rhein bis zur Oder, von Niemöller bis zu Herrn Ulbricht erklingen. — Der Artikel dürfte selbst in der Schweiz auf lebhaften Widerspruch stoßen.

McClon nach Rom geflogen

dmt. Frankfurt, 21. März

Der amerikanische Hohe Kommissar McClory ist nach Rom zur Konferenz der amerikanischen Botschafter abgeflogen. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit Deutschland beschäftigen. Das nächste Zusammentreffen soll in vier bis fünf Monaten in Berlin stattfinden.

3,1 Milliarden Dollar ERP-Gelder

dpa. Washington, 21. März

Der außenpolitische Ausschuss des USA-Senats bewilligte am Dienstag einstimmig die von der Regierung für das dritte Marshallplanjahr vorgesehenen Mittel in der vollen Höhe von 3,1 Milliarden Dollar. Es wird jedoch noch mit scharfen Debatten im Kongreß gerechnet, ehe die endgültige Höhe des Betrages festgelegt ist.

Baudoin statt Leopold?

dmt. Brüssel, 22. März

Das Königsproblem, das Belgien in zwei Lager zu teilen droht, hat den ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Paul Henri Spaak zu dem Vorschlag veranlaßt, König Leopold möge seinen Sohn Prinz Baudoin nach Belgien schicken und er dürfe überzeugt sein, daß in der einmütigen Zustimmung der Belier für den Prinzen das Königsproblem die beste Lösung finden würde. König Leopold, so heißt es in dem Vorschlag, möge im Exil bleiben und sich mit seinem moralischen Sieg zufrieden geben, den der Volksentscheid für ihn bedeute.

Wo bleibt die Menschlichkeit?

Bundestagsfraktionen fordern Asylrecht für Ostdeutsche

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. März

Die Vorkommnisse, die sich bei der Ankunft der ersten Transporte Deutscher aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten vor den Toren des Lagers Friedland abgespielt haben, veranlaßten die Bundestagsfraktion der SPD zur Einbringung eines Antrages, in dem die Bundesregierung um nachdrückliche Vertretung des deutschen Standpunktes bei den Hohen Kommissaren ersucht wird. Die SPD ist der Auffassung, daß die Vorfälle von Friedland allen Bekenntnissen zur Menschenwürde und zur freien Persönlichkeit widersprechen. Die

Bundesregierung soll den Hohen Kommissaren unmißverständlich erklären, daß die von diesen angeordnete Aufnahmeperr gegenüber Deutschen, die jahrelang unter furchtbarsten Verhältnissen unter polnischer Herrschaft gelebt haben, sich auf dem Rücken der Schwächsten abspiele und der Bundestag infolgedessen keine Maßnahmen billigen könne, die darauf abzielten, den Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und der Tschechoslowakei den Zugang ins Bundesgebiet zu versperren. Auch die übrigen Fraktionen des Bundestages mit Ausnahme der Kommunisten werden sich mit dieser Entschlieung identifizieren.

Aufnahmegesuch oder nicht?

Bonn berät noch über den Weg zur Europa-Union

Von unserem Bonner Büro.

dl. Bonn, 21. März

Die Frage, ob die Bundesrepublik um Aufnahme in die Europa-Union nachsuchen soll, ist noch Gegenstand von Erörterungen innerhalb des Bundeskabinetts, teilte ein Sprecher der Bundesregierung mit. Entgegen anders lautenden Meldungen wies er darauf hin, daß noch keinerlei Beschlüsse gefaßt seien. So könne auch nicht davon die Rede sein, daß sich, wie von einer Seite gemeldet wurde, der Bundeskanzler bereits entschlossen habe, kein Ersuchen an den Europarat zu stellen.

Innerhalb des Bundeskabinetts besteht die Auffassung, daß die Bundesrepublik, sehr wohl dem Europarat beitreten könnte, sofern die saarländischen Vertreter nicht im

eigenen Namen, sondern innerhalb der französischen Delegation auftreten würden. In solchem Fall, so argumentiert man, habe die Bundesrepublik keine Veranlassung mehr, mit ihrem Aufnahmegesuch länger zurückzuhalten. Es frage sich nur, ob der Quai d'Orsay willens sei, den Artikel elf der Saarkonventionen in diesem Sinne anzuwenden. In diesem Artikel ist die Bestimmung enthalten, daß die Vertretung des Saarlands im Ausland und der „Schutz seiner Interessen“ der französischen Republik unterliegt.

Offiziell ist zwar in Bonn von keiner Seite ein dahingehender Vorschlag erwähnt worden, doch wird kein Zweifel darüber gelassen, daß hierin eine Möglichkeit liegen könnte, der Bundesrepublik den Weg nach Straßburg schon jetzt zu ebnen, der nach Bekanntwerden der Pariser Konventionen für lange verbaut schien.

Dieses Schweigen sagt uns alles

Daß große weltpolitische Ereignisse in ihrem Kielwasser einen Strom von Memoiren nach sich zu ziehen pflegen, die oft mehr ein Sensationsbedürfnis befriedigen als der Feststellung der Wahrheit dienen sollen, ist ein Umstand, gegen den sich die historisch interessierte Öffentlichkeit nur schwer wehren kann. Die Wahrheit wird in der Darstellung immer umso kürzer kommen, je größer das Bestreben oder gar die Notwendigkeit der Autoren ist, ihr eigenes Handeln in einem möglichst angenehmen Licht erstrahlen zu lassen oder aber aus finanziellen Gründen einen best seller herauszustellen. Nicht nur Deutschland hat in dieser Beziehung vieles, angefangen von wirklich seriösen Bemühungen bis zum bitteren Ende der „verbotenen Frauen um Hitler“, über sich ergehen lassen müssen. Auch jenseits des Atlantik ist die Memoiren-Literatur hoch im Schwung. Umso erstaunlicher erscheint inmitten des Rauschens dieser Papierflut das beharrliche Schweigen einer der am Weltgeschehen meistbeteiligten Personen. Auf die Frage, warum er so unzählige Chancen einer „lukrativen Selbstbiographie“ ausgeschlagen habe, erklärte General Marshall in Washington, eine solche sei historisch ohne Bedeutung! Es sei denn allerdings, sie enthalte — die Wahrheit. Zum Begriff dieser Wahrheit aber gehöre neben der

selbstverständlichen Vermeidung von Beschönigungen auch der Verzicht auf Weglassungen jedweder Art. Die reine Wahrheit jedoch würde heute einen kaum reparablen Schaden anrichten, weil sie so manchen Zeitgenossen einfach ruiniere.

Vielleicht war der behutsame General vorsichtig genug, nur von dem bedrohten Ruf der noch Lebenden zu sprechen, ohne den der inzwischen Verstorbenen zu erwähnen. Wie dem auch sei, seine Entschlossenheit, kein leeres Stroh zu dreschen, lieber überhaupt nicht zu schreiben als auch nur in einer Zeile aus menschlicher Rücksichtnahme einen Umstand zu verschweigen, der historisch bedeutsam war, ist ein wahrer Lichtblick in dem Memoiren-Dunkel unserer Zeit und bezeichnend für den geistigen Rang dieses Mannes. Nur, so möchte man fragen, warum kann er sich nicht dazu entschließen, seine Erinnerungen zu schreiben, ohne sie zugleich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Eine Sperrfrist von wenigen Jahrzehnten könnte den Historikern ein Quellen-Material sichern, dessen Wahrheitsgehalt kaum anzuzweifeln wäre. Vorausgesetzt natürlich, daß es dann noch Schreiber der neuzeitlichen Geschichte gibt und nicht nur mehr oder minder freiwillige und ahnungslose Archäologen.

G. A.

Die Seite der Heimat

Halver, 22. März 1950

Ratten . . .

Ich fühle mich sehr geschmeichelt: die hohe Behörde hat mir einen Besuch abgestattet. Sie hat mir klargemacht, daß es notwendig und an der Zeit sei, die Ratten zu bekämpfen.

Gegen solchen Beschluß eines wohlweisen Rates ist nichts einzuwenden, umso weniger, als Ratten wirklich widerlich sind. Aber warum ruft man, um mich dazu zu veranlassen, einen ganzen Rattenschwanz von Paragraphen gegen mich auf? Die Erlasse der Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten werden ebenso angeführt, wie die Bestimmungen zum Schutz von Kulturpflanzen. Die Feld- und Forstpolizei hat ihren Segen dazu gegeben und auch der Herr Minister für Forst- und Landwirtschaft meldet sich und in seinem Gefolge die Landesregierung, der Herr Landrat und schließlich auch noch der Herr Bürgermeister. Ich wußte gar nicht, wieviel hohe Tiere sich mit meiner Wenigkeit befassen. Aber doch vielleicht weniger mit mir, als mit den Ratten, die sich in dem Rattenlattengitterzaun der Paragraphen recht wohl zu fühlen scheinen.

Aber jetzt geht es ihnen sozusagen zu Leibe. Die Behörde, wenigstens so weit sie mich beehrte, scheint ein sehr vernünftiger Mann zu sein, der ganz offenbar mehr von Ratten als von Paragraphen versteht. Mit kundiger Hand hat er die Giftbrocken ausgelegt, und sogar an meine Haustiere gedacht — denn er hat mir eine Falle verkauft, in der nur die Ratten ihr Gift verzehren dürfen — und sonst niemand.

Ob sie es auch tun werden? Kürzlich ist mir eine entgegengesprungene — gerade aus dem Loch mit der Giftmahlzeit. Sie schien sich weder um Regierung, noch um Landrat noch um sonst einen Paragraphen zu kümmern. Ich fürchte nun, daß man den entscheidenden Paragraphen vergessen hat: „Ratten haben an den ausgelegten Giftbrocken unvermittelt zu krepieren.“

Aber die Ratten werden sich um einen solchen Paragraphen genau so wenig kümmern, wie sich unser Leben nach den vorgeschriebenen Paragraphen gekümmert hat. Und das ist eigentlich schade. Denn das Leben wäre leicht und friedlich, wenn es keine Ratten gäbe und keine Paragraphen . . .

Ob sie es auch tun werden? Kürzlich ist mir eine entgegengesprungene — gerade aus dem Loch mit der Giftmahlzeit. Sie schien sich weder um Regierung, noch um Landrat noch um sonst einen Paragraphen zu kümmern. Ich fürchte nun, daß man den entscheidenden Paragraphen vergessen hat: „Ratten haben an den ausgelegten Giftbrocken unvermittelt zu krepieren.“

84 Konkursverfahren in Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen wurden im Februar 84 Konkursverfahren eröffnet, das sind 6 mehr als im Januar 1950. Die Zahl der Vergleichsverfahren betrug 31 gegenüber 30 im Vormonat. Charakteristisch ist, daß die Zahl der Konkurse im Großhandel zurückgegangen ist. Während bei der Industrie ein leichter Anstieg zu verzeichnen war.

Rund 8000 Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Im Januar 1950 verzeichnete das Gaststätten- und Hotelgewerbe in Nordrhein-Westfalen rund 155 000 Fremdenmeldungen, darunter 8287 Ausländer. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden betrug im Januar 2,4 Tage. Im Einzelnen wurde eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 7,7 Tagen in Heilbädern und Kneippkurorten, von 3,3 Tagen in Luftkurorten, von 2 Tagen in Großstädten und von 1,8 in Mittel- und Kleinstädten festgestellt.

Hühnerpest im Kreis Arnsberg. In der Gemeinde Freienohl im Kreise Arnsberg ist die Hühnerpest ausgebrochen. Geflügel, das entgegen der Vorschrift außerhalb der Gehöfte angetroffen wird, soll sofort entschädigungslos getötet werden. Die Bauern wurden gewarnt, die Schalen ausländischer Eier an das Geflügel zu verfüttern.

Halver

Weitere Verschönerung unseres Ortsbildes

Wir berichten bereits in unserer Montag-Ausgabe über Anpflanzungen von Birkenbäumchen rund um die Sportplatzanlagen an der Karlshöhe. Wie wir jetzt feststellen, hat man auch auf dem Ehrenhain entlang der Gartenstraße junge Birkenbäumchen angepflanzt. Ebenso wird die Umzäunung des Ehrenhains instand gesetzt, so daß in wenigen Wochen ein Schmuckstück unseres Ortes in frischem Grün prangt. — Auch am Parkplatz an der Frankfurter Straße

Erhöhung der Amtsumlage beschlossen

Kurze Sitzung der Halverschen Amtsvertretung

Am gestrigen Dienstag fand nach längerer Pause im Sitzungssaale des Amtshauses eine Sitzung der Amtsvertretung des Amtes Halver statt. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung und der Bestimmung eines Vertreters zur Mitunterzeichnung des Protokolls, stand als einziger, aber umso wichtiger Punkt die Nachtragssatzung und der Nachtragshaushaltsplan zur Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1949 zur Beratung und Genehmigung an. Amtsbürgermeister Stamm, der die Sitzung leitete und die Vertretung eingangs begrüßte, führte aus, daß es sich auch heute wieder um die Finanzen handele, um ein Problem, das allen auf den Nägeln brenne. Trotz vorsichtiger Aufstellung waren im Rechnungsjahr 1949 Ueberschreitungen nicht zu vermeiden gewesen, aber auch andererseits wesentliche Einsparungen gemacht worden, die noch vor Ablauf des Rechnungsjahres genehmigt werden mußten. Amtsdirektor Lohoff hob ebenfalls hervor, daß im abgelaufenen Jahre gespart werden mußte und viele Ausgaben zurückgestellt wurden, trotzdem es nicht möglich gewesen, den Voranschlag einzuhalten. Er gibt den Ankauf von Aktien der Kom. Elektr. Mark mit einem Nennwert von 102 000 DM bekannt und schlägt die Erhöhung der Amtsumlage von 41 Prozent auf 46 Prozent vor.

Der Haferkasten und sein Vorgänger

Hausurnen der Jung-Steinzeit sind Nachbildungen von Kornspeichern

Der älteste Vorgänger unseres heimischen Haferkastens dürfte in den Kornspeichern der Jung-Steinzeit zu sehen sein. Weizen, Hirse und Gerste wurden damals angebaut. Wie die Forschung beweist, legte der Mensch der Jung-Steinzeit weniger Wert auf gute Wohnhütten, als vielmehr größte Sorgfalt auf gute Unterbringung und Sicherheit seiner Ernteerträge. Die Ausgrabungen eines Bandkeramiker-Dorfes in Köln-Lindenthal ergaben erstmalig den Nachweis solcher Kornspeicher, die zum Schutze gegen Mäuse, Ungeziefer und Nässe als Pfahlbauten hoch über dem Erdboden angelegt wurden.

Ein weiterer Vertreter früherer Kornspeicher konnte durch Ausgrabungen eisenzeitlicher Grabanlagen festgestellt werden. Die ausgegrabenen Graburnen haben die Form eines Hauses und werden daher „Hausurnen“ genannt. Durch die angeordneten Merkmale, Balkenenden zwischen den Giebeln auf dem Dachfirst, Längsstriche, die ein Stroh- oder Schilfdach darstellen, sah man in diesen Urnen die frühe Form damaliger Häuser. Als durch neue Grabungen Urnen gefunden wurden, die auf vier kurzen Holzsäulen ruhende Häuser darstellen, erschien die bisherige Erkenntnis sehr fragwürdig. Den angestellten Untersuchungen zufolge sind die Hausurnen also nicht Nachbildungen von Wohnhäusern, sondern von Kornspeichern. Da die Kornspeicher als Sitz von Geistern gelten, die für den Toten, dessen verbrannte Gebeine in der Speicherurne ruhen, einen Schutz bedeuten, hat diese neu gewonnene Erkenntnis viel für sich.

Überall da, wo Korn angebaut wird und wurde, findet man denn auch in irgendeiner Form Speicher, in denen die gewonnenen Ernte-

erträge besonders gelagert werden. In unserer engeren Heimat, dem Sauerland, finden wir solche Speicher ebenfalls noch vereinzelt auf den Bauernhöfen als sogenannten Haferkästen. Was dem



Alter Haferkasten aus Stenkenberg bei Halver, der im Jahre 1686 erbaut wurde. Der Besitzer ist Bauer Reinighaus. Von 53 angeblich noch vorhandenen Haferkästen konnte der Verfasser 1937 45 auffinden und im Bilde festhalten. Das Verbreitungsgebiet erstreckt sich von Hagen über das Volmetal und Ebbegebirge bis nach Werdohl. (Fotos: Sönnecken)

Asiaten der Reis ist (Reisscheunen), das war unseren Vorfahren der Hafer (Haferkasten).

Das rauhe Klima und der karge Boden ließen den Bauern seine Ernte nur unter erschwerten Umständen einbringen. Feuer oder schlechte Lagerung des Kornes konnte ihn vollends zum armen Mann machen. Ueble Erfahrungen werden denn auch die Veranlassung gewesen sein, abseits der eigentlichen Wohngebäude einen Schuppen zu errichten, in dem das Getreide aufbewahrt wurde.

Die Verarbeitung und das verwendete Material läßt leicht Rückschlüsse zu auf das Wesen und den Charakter unserer Vorfahren. Die meisten Kästen sind so solide und aus kernigstem Eichenholz errichtet, als wären sie für die Ewigkeit gebaut. Das läßt aber auch erkennen, wie sehr es dem Bauern um die Erhaltung seiner Erntevorräte zu tun war. Die Dächer wurden ehemals mit Stroh oder Schindeln gedeckt. Das Gefüge der Balken und Bretter ist sachlich und kunstvoll, ebenso die ausgeführten Schmiedearbeiten. Die Zeit ihrer Errichtung reicht vom 16. bis ins 18. Jahrhundert. Sie stellen für uns wichtige Kulturdenkmäler dar und sollten als solche geehrt und geachtet werden.

Sönnecken.

steller Heinrich Bartsch, jetzt in Meinerzhagen wohnhaft. Der Vortrag wird umrahmt von Gedichten und Gesängen der Sing- und Spielscharen. — Am Freitag nachmittag um 16 Uhr wird dieser Vortrag für die Kinder gehalten werden.

Schwenke

75. Jubelfeier des MGV „Germania“ Hohenplanken

Wie vielen Sangesfreunden schon bekannt ist, kann der Männergesangsverein „Germania“ Hohenplanken in diesem Jahr auf sein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Am vergangenen Sonnabend trat der Festausschuß zusammen, um mit der Ausarbeitung des Festprogramms zu beginnen. Am 26. und 27. August werden sich nun auch die Gesangsvereine von Halver und Umgebung nach Schwenke begeben, um in einem großen Festzelt mit dem Jubelverein den Freudentag mit Gesang und Frohsinn zu begehen. Mancher Freund des Gesanges wird diese Gelegenheit wahrnehmen und zu diesem großen Sängertreffen erscheinen.

Dedinghausen / Carthausen

Die Heimatzeitung gratuliert!

In Ergänzung unserer Notiz in der Montag-Ausgabe erfahren wir, daß am heutigen Mittwoch Theodor Clever zu Heesfeld seinen 89. Geburtstag feiern kann. Der Veteran wurde am 22. März 1861 auf der Mark, Gemeinde Halver geboren. Er ist der letzte von 6 Geschwistern. Auch heute gleicht Theodor Clever, trotz seines hohen Alters, noch einer echten knorrigten sauerländischen Eiche, die manchen Sturm erlebt hat. Wir wünschen ihm auch weiterhin einen gesegneten Lebensabend.

Schaltsmühle

40 Jahre Posaunenchor Hülsefeld-Heedfeld

Der Posaunenchor Hülsefeld-Heedfeld konnte auf das 40jährige Bestehen zurückblicken. Aus diesem Grunde fand im Gasthof Spelsberg zu Heedfeld eine Feier statt. Nach dem gemeinsamen Abendessen hielt Pfarrer Lischka eine kurze Andacht. Alsdann nahm das Mitglied Niggemann die Ehrung der Jubilare vor. Galt es doch zuerst dem einzigen Gründer Emil Eckern, Harrenscheid, zu ehren und zwar durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde für 40jährige treue Mitgliedschaft. Der Jubilar dankte bewegt und versprach auch weiterhin dem Posaunenchor die Treue zu halten. Für 25jährige Verbundenheit wurden die Mitglieder Eugen Heute, Erich Heute und Karl Kettling geehrt. Namens dieser Jubilare dankte Eugen Heute und führte dann den Werdegang der vergangenen 40 Jahre vor. Beide Kriege hatten

So kurz wie möglich

470 000 Kraftfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen. Rund 470 000 Kraftfahrzeuge und Anhänger waren in Nordrhein-Westfalen am 1. März 1950 zum Verkehr zugelassen. Darunter 164 000 Kräder, 116 000 Pkw., 2500 Kraftomnibusse und 106 000 Lkw. Die Zahl der Lkw's ging im Februar in Nordrhein-Westfalen geringfügig zurück.

Benzinpreis voraussichtlich 55 Pfennig. In einer Aussprache zwischen dem Bundesfinanzminister und Mitgliedern der FDP-Fraktion ist man übereingekommen, den Benzinpreis auf 55 Pfennig festzusetzen, nachdem der FDP-Gesetz-Entwurf zunächst einen Preis von 53 Pfennig pro Liter gefordert hatte. In diesem Falle wären jedoch Sonderkontingente für die Landwirtschaft und die Schifffahrt nicht mehr möglich gewesen. Der Preis für Dieseldieselkraftstoff soll bei 38 Pfg. je Kilogramm bleiben.

den Chor nicht verschont, denn im ersten wie im zweiten Weltkriege sind je 3 liebe Kameraden gefallen. Deren Andenken wurde geehrt. In gemütlicher Runde blieb man noch lange zusammen und feierte den Tag in gebührender Form und jeder trat den Heimweg mit dem Bewußtsein, einen schönen inhaltreichen Abend verlebt zu haben, an.

Brügge

Wieder SGV-Abteilung in Brügge

Im Café Feldhoff in Brügge/Westf. versammelten sich am vergangenen Samstag die Wanderfreunde der SGV-Abteilung Brügge/Westf., um die seit langem ruhende Abteilung der Öffentlichkeit wieder vorzustellen. Wanderfreund E. Klingelberg begrüßte seine Wanderfreunde mit dem Wandergruß „Frisch auf“. Es wurde beschlossen, an jedem 1. Samstag im Monat im Vereinslokal „Lindenhof“ in Brügge-Winkhausen einen Heimatabend zu veranstalten. Die ehemaligen Mitglieder sowie Freunde und Gönner des SGV sind hierzu mit Familie herzlich eingeladen. Die Gestaltung dieser Heimatabende hat Wanderfreund Kleiner-Horst übernommen. Aus diesen Heimatabenden heraus soll sich nun das Leben der einst rührigen Abteilung wieder entwickeln. Eine Jugendgruppe soll der Abteilung junge Kräfte zuführen. Eine wichtige Aufgabe wartet auf die Jugendgruppe, sie soll die zumeist durch Rohlinge zerstörten Ruhebänke wieder in Ordnung bringen. Der Brügger Bevölkerung wird ans Herz gelegt, die Arbeiten der Abteilung wie einst zu unterstützen zum Segen aller.

Rücksichtsvolle Einbrecher. In der Nacht zum 20. 3. drangen bisher unbekannte Täter in die 100 Meter vom Wohnhaus entfernt liegende Bäckerei des Bäckermeisters Nolte aus Rhadermühle bei Oberbrügge ein und entwendeten — 20 leere Mehlsäcke. Ob die Täter, nachdem sie die Tür mit Brecheisen aufgebrochen hatten, plötzlich Mitleid bekommen hatten und den Bäcker nicht allzu sehr schädigen wollten, oder ob sie bei ihrem Tun gestört wurden und die vollen Säcke ihnen bei der Flucht zu hinderlich gewesen wären, können wir nicht verraten.

Kierspe

Der MGV „Sängerbund“ rüstet zum Freundschaftssingen!

Aus Anlaß seines Goldenen Jubiläums hat der MGV „Sängerbund“ für Samstag, 13. Mai, einen Kommers und für Sonntag, 14. Mai, ein Freundschaftssingen unter Mitwirkung der Nachbarvereine geplant. Um dieses Freundschaftssingen vorzubereiten, hatte nun der „Sängerbund“ Abordnungen der Nachbarvereine am vergangenen Wochenende ins Hotel Plate eingeladen. Der 1. Vorsitzende Wilhelm Funke begrüßte die Sangesbrüder der Vereine „Eintracht“, Kierspe-Bhf. (Dirigent Meyer), Sängervereinigung Vorth-Grünenbaum (Dirigent Schulz), „Wiesengrund“ Wiebelsaat (Dirigent Dr. Sambeth), Westfalia“ Valbert (Dirigent Kiehling) und „Eintracht“ Kotthausenhöhe, dessen Dirigent Meckel auch Chorleiter des MGV „Sängerbund“ ist. Sangesbrüder Funke brachte zum Ausdruck, daß dieses Singen kein Wettstreit, sondern ein wirkliches Freundschaftssingen sein solle, bei dem sich alle Beteiligten einmütig in den Dienst des deutschen Liedes stellten.

In der anschließenden harmonischen Aussprache kam man überein, für jeden Verein ein zweimaliges Auftreten vorzusehen. Beim ersten Mal wird je ein Chor und ein Lied gesungen, während der zweite Auftritt für jeden Verein aus zwei Volksliedern oder zwei Liedern im Volkston besteht. Um den Mitwirkenden ausreichend Gelegenheit zum Proben zu geben, wurde jedem Verein für den Festtag ein Standort zugewiesen und dabei folgende Einteilung vorgenommen: „Eintracht“ Kierspe-Bhf. = Hotel zur Post, Sängervereinigung Vorth-Grünenbaum = Berliner Hof, „Wiesengrund“ Wiebelsaat = Hotel Plate, „Westfalia“ Valbert = Gasthof Benninghaus, „Eintracht“ Kotthausenhöhe = Hotel Plate.

Voraussichtlich finden beide Veranstaltungen, Kommers und Freundschaftssingen, in einem Festzelt statt, das auf dem Sportplatz errichtet werden soll.

Es ist ebenso anerkennenswert wie erfreulich, daß uns die Einmütigkeit der Sänger unserer Heimat ein Ereignis beschert, das mit Recht als ein auserlesener Kunstgenuß bezeichnet werden darf.

Und der „Sängerbund“ wird keine Mühe und Arbeit scheuen, diesem Sängerfest in des Wortes wahrster Bedeutung einen würdigen Rahmen zu geben und für einen harmonischen Ablauf zu sorgen. Kierspe darf sich auf diese Jubiläumsfeier freuen!

Nach Japaner gegen Remilitarisierung

ca. New York, 21. März

Wie der Berichterstatter der „New York Times“ in Tokio, Lindsey Parrot, meldet, macht sich bei Angehörigen der führenden japanischen Intelligenzschicht wachsende Besorgnis über eine mögliche Remilitarisierung und die Gewährung von militärischen Stützpunkten an Amerika bemerkbar. Die Argumente, die von diesen Kreisen ins Feld geführt werden, sind nach der „New York Times“ folgende:

1. Japan könnte gegen seinen Willen zur Aufgabe der neutralen Position gezwungen werden, die es in dem gegenwärtigen ideologischen und in einem etwaigen Schießkrieg einnehmen möchte.

2. Besprechungen über Stützpunkte, Bewaffnung zum Zwecke der Verteidigung und ähnliche Maßnahmen bedeuten nur Wasser auf die Mühle der japanischen Militaristen, die jetzt ausgeschaltet sind, aber wieder an die Macht kommen möchten.

In diesem Zusammenhang fand ein Artikel der Zeitung „Jiji Shimbun“, die, wie der amerikanische Korrespondent bemerkt, nicht im Verdacht einer prokommunistischen Einstellung stehen könne, besondere Beachtung, in dem Aeußerungen des Kommandeurs der amerikanischen Landstreitkräfte in Japan, Generalleutnant Eichelberger, angegriffen werden. Generalleutnant Eichelberger war in den Vereinigten Staaten für eine Wiederbewaffnung Japans eingetreten und hatte ein bewaffnetes Japan als einen wertvollen Alliierten der USA im Pazifik bezeichnet. Die „Jiji“ erklärt, daß solche und ähnliche im Hauptquartier General MacArthurs und auch vom Ministerpräsidenten Yoshida vertretene Theorien, die einer „defensiven“ Bewaffnung Japans das Wort reden, zum „nationalen Selbstmord“ führten.

Gerüchte um Mazedonien

Sonderdienst

rs. Wien, 21. März

Der Ministerpräsident der Jugoslawien gehörenden Mazedonischen Volksrepublik, Lazar Koleschewski, hat in einer Rede in Ochrid einen neuen Beitrag zu den Gerüchten über russische Vorbereitungen für eine militärische Unternehmung gegen Mazedonien geliefert. Bekanntlich war schon vor Wochen berichtet worden, daß Rußland seine Truppen in Bulgarien verstärke und daß bei Warna große Materialdepots und Flugplätze für schwere Transportmaschinen angelegt würden. Koleschewski erklärt, die Sowjetregierung und Kominform verfolgten den Plan, Jugoslawien aufzuteilen und einen mazedonischen Staat zu schaffen, um auf diese Weise an der Aegäis Fuß zu fassen. Mit anderen Worten: Ein Kominform-Angriff gegen Jugoslawien würde auch Griechenland treffen, da ohne die Einbeziehung Griechisch-Mazedoniens in dieses Gebilde Rußland nicht in den Besitz eines Ägäishafens käme.

Mazedonien werde, so führte Koleschewski weiter aus, von dem Kominform als der „schwache Punkt“ Jugoslawiens betrachtet. Die Russen hätten die Behauptung aufgestellt, daß die jugoslawischen Mazedonier eigentlich Bulgaren und sowjetisch gesonnen seien, um damit den Vorwand zu schaffen, als „Befreier“ Jugoslawisch-Mazedonien an Bulgarien anschließen zu können. Für eine solche Absicht des Kominform lägen klare Beweise vor. Im Grunde genommen, so betonte Koleschewski, sei die gegenwärtige, auf Mazedonien gerichtete Politik des Kominform nichts anderes als die „Wiederaufnahme des zaristischen Imperialismus“ auf dem Balkan.

Washington nicht überrascht

dmt. Washington, 21. März

In politischen Kreisen Washingtons ist man von der ablehnenden Kommentierung der Acheson-Vorschläge durch die „Prawda“ durchaus nicht überrascht. Vielmehr hätte es für Washington eine Ueberraschung bedeutet, wenn die Sowjetunion sich positiv zu dem Sieben-Punkte-Programm Achesons eingestellt hätte. Acheson selbst habe von Anfang an davor gewarnt, allzu große Hoffnungen auf eine zustimmende Haltung der Sowjetunion zu dem Friedensprogramm der USA zu legen. Die „New York Times“, die sich mit diesem abermaligen „Nein“ des Kremls beschäftigt, erklärt, daß man dieses Nein der Prawda immerhin noch nicht so auffassen solle, als wenn Moskau damit jede Möglichkeit einer Verhandlung abgelehnt habe. Man solle sich stets des Beispiels erinnern, das mit dem Pakt Stalin — Hitler gegeben sei. Damals hätten Sowjetrußland und Hitler-Deutschland sich gegenseitig derartig beschimpft, daß man an die Möglichkeit eines Paktes nicht gedacht habe, und trotzdem sei dieser Beschimpfungs-Kampagne der Abschluß eines umfassenden Paktes gefolgt.

So wäre es zum Beispiel nicht ausgeschlossen, daß sich die Sowjets zur Durchsetzung der von ihnen seit langem gehegten Idee einer Aufteilung der Welt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auf das Acheson-Programm berufen würden. Auf diese Weise könnten die Sowjets nämlich erreichen, daß die USA zeitweise neutralisiert und isoliert würden. Für die USA gelte es in jedem Falle zu bedenken, daß Abmachungen mit den Sowjets nur dann Sinn hätten, wenn Moskau wirklich überzeugende Beweise seines guten Willens gäbe.

Hungersnot bedroht Teile Rot-Chinas

Tschiangkaischek sucht Nutzen daraus zu ziehen

Berichte aus Ostasien lassen erkennen, daß das kommunistische Regime, das in einem überraschend schnellen Siegeszug Herr über ganz China geworden ist, im Lande selbst großen Schwierigkeiten gegenübersteht. Die Hungersnot greift immer weiter um sich und hat in den Elendsgebieten von Shantung zu einer weiteren Flucht der Bevölkerung geführt. Shantung ist nämlich mit seinen 38 Millionen Einwohnern eine der am dichtesten bevölkerten Provinzen und am meisten von der Hungersnot bedroht. Das allgemeine Elend hat auch in der Provinz Chantung bereits zu antikommunistischen Unruhen geführt. Zweifellos

ist sich Tschiangkaischek dieser für das kommunistische Regime nicht unbedenklichen Gefahren bewußt und er versucht, die sinkende Moral durch zum Teil schon erfolgreiche Landungsmanöver an der chinesischen Festlandküste weiter zu untergraben.

Die kommunistische Regierung, die die Schuld an den Zuständen natürlich jeweils den örtlichen Instanzen zuzuschreiben versucht, kann die Tatsache der Massenflucht aus den Elendsgebieten und der allgemeinen Hungersnot nicht mehr leugnen. Sie hat am Montag bereits die Entsendung von Seuchenbekämpfungstruppen in die besonders bedrohten Gebiete angekündigt.

Rückzug aus Leipzig wäre kurzfristig

Solinger Industrie gibt das Rennen nicht auf

ca. Solingen, 20. März

Schon vor Beginn der Leipziger Messe waren die Vertreter der westdeutschen Industrie von einem Sprecher der Ostregierung darauf hingewiesen worden, daß man es weiterhin ablehnen würde, Schulden zu machen, daher auf manches Wünschenswerte Verzicht zu leisten entschlossen sei, daß keine Sonderkontingente für die Messe erteilt würden, daß alle Geschäftsabschlüsse sich im Rahmen des Frankfurter Interzonenhandelsabkommens zu halten hätten und daß endlich auch nur die Handelsorganisationen, die handwerklichen Genossenschaften und vielleicht die Konsumgenossenschaften mit Einkaufs-scheinen rechnen könnten. Auf der Messe selbst erwies sich, daß auch die Konsumgenossenschaften als Käufer ausfielen. Da aber vor allem der freie Groß-, Einzel- und Fachhandel nicht zum Zuge kam, mußten zahllose alte Kunden, mit denen über die Jahre hinweg mühevoll die Verbindung aufrechterhalten worden war und die sich mit einem ungeheuren Warenhunger wie neugierige Kinder vor den Boxen und Ständen drängten, in der Hoffnung, doch noch zu diesem oder jenem Abschluß zu kommen, enttäuscht und unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die ausstellenden Firmen, die ohnehin oft nur aus Prestigerücksichten gekommen waren, um mit ihren Erzeugnissen auf dem Markt zu bleiben, brachten in den wenigsten Fällen ihre Spesen wieder herein, an Gewinne jedenfalls war nicht zu denken.

Nach diesen Erfahrungen ist es verständlich, daß jetzt in der westdeutschen Wirtschaft die Frage diskutiert wird, ob man Leipzig endgültig abschreiben und dem Beispiel der West-Ausländer folgen solle, deren schwaches Auftreten auf der diesjährigen Frühjahrsmesse anzudeuten scheint, daß sie sich mehr auf Hannover und

Frankfurt statt auf Leipzig konzentrieren wollen. Interessant ist die Reaktion der Schneidwarenindustrie, die mit einem Gesamtkontingent von 150 000 DM vergleichsweise am schlechtesten abgeschnitten hat. Wenn deren Vertreter nunmehr ihrer Entschlossenheit Ausdruck geben, sich unter keinen Umständen entmutigen zu lassen, vielmehr im Herbst abermals in Leipzig zu erscheinen, so steht mehr als die Tatsache im Hintergrund, daß diese Industrie vom westdeutschen Markt allein nicht leben kann, vielmehr auf Export und Interzonenhandel angewiesen ist. Beiden geben sie nämlich durchaus eine Chance, und wie sich der Export in den letzten Monaten beträchtlich erhöht hat, so rechnen sie auch mit einer Erweiterung des Ostgeschäfts.

Dazu die Begründung: Es sei vom wirtschaftlichen und kaufmännischen Standpunkt aus ebenso unklug wie kurzfristig, die Flinte ins Korn zu werfen. Der riesenhafte Bedarf, der sich in der Ostzone angestaut hat und einsteilen nur vom Westen her befriedigt werden kann, werde sich in dem Maße in Nachfrage umsetzen, wie die dortigen Lebensverhältnisse sich besserten. Anzeichen dafür, wenn auch erst schwache, seien vorhanden. Setze sich diese Entwicklung fort — und alle Spekulationen auf das Gegenteil kennzeichneten sich durch ihre Voreingenommenheit selbst —, so werde man in absehbarer Zeit einen für Verkäufe weitaus günstigeren Umrechnungskurs haben, und der Handel müsse sich zwangsläufig beleben, was im Ergebnis den Deutschen hüben wie drüben zugute komme. Die Forderung nach wirtschaftlicher Einheit Deutschlands, aus ihrer ideologischen Verkleidung gelöst, sei immer noch eine Existenzfrage des ganzen Volkes und daher völlig unabdingbar.

Finnlands Bauern-Regierung schwach unterbaut

Kekkonen-Kabinett ohne Sozialdemokraten und Volksdemokraten

Sonderbericht

Finnland hat eine neue Regierung, aber es ist ein Kabinett, dessen das finnische Volk nicht recht froh werden wird. Das Ministerium, das der Führer der Agrarier, Kekkonen, gebildet hat, entspricht weder den Vorstellungen, die sich das Volk von seiner neuen Führung gemacht hatte, noch den außen- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten des Landes. Man hatte eine auf breiterer Grundlage aus den stärksten Parteien des Landes gebildete Regierung erhofft, die das finnische Volk in der Gesamtheit seiner politischen und sozialen Schichten vertreten hätte und die stark genug gewesen wäre, um sich nach außen gegenüber den Forderungen und Winkelzügen der Sowjetunion, Finnlands entscheidendem politischen Partner, halten und sich im Innern gegen die Volksdemokraten durchsetzen zu können.

In der neuen Regierung bilden die zehn Minister der Agrarier das Schwergewicht, die drei Vertreter der Schwedischen Volkspartei erscheinen mehr als eine notwendige Ergänzung. Man kann von dem neuen Kabinett angesichts der sozialen Struktur der Agrarier-Partei und ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele nicht als von einer Rechtsregierung sprechen. Bestehen aber bleibt die Tatsache, daß die Arbeiterschaft in der neuen Regierung nicht vertreten ist. Fagerholm stand an der Spitze eines Minderheitskabinetts, das sich bei jeder Abstimmung im Parlament eine Mehrheit für seine Gesetze und Vorschläge erst verschaffen mußte, aber er konnte sicher sein, daß die Gewerkschaften ihn in entscheidenden Fragen nicht im Stich lassen würden. Er konnte Moskau gegenüber darauf verweisen, daß die Masse der finnischen Arbeiterschaft hinter ihm stand.

Die Regierung Kekkonen aber wird im Innern einer außerordentlich starken Opposition begegnen und sie wird außerparlamentarisch mit der Gegnerschaft Moskaus rechnen müssen. Schon die allernächste Zeit wird zeigen, wie der Kreml auf das neue Kabinett reagiert. Die Reaktion wird deutlich werden, wenn die Regierung sich um die Aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen in Moskau zu bemühen beginnt. Vier Monate warten die Finnen schon auf den Beginn der Verhandlungen, die ihnen in erster Linie Weizen bringen sollen, den das Land sehr dringend braucht. Aushilfslieferungen aus Schweden, die in der letzten Zeit in Finnland eingetroffen sind, können die empfindliche Lücke auf die Dauer nicht schließen. Hier muß bald eine entscheidende Lösung gefunden werden. Man sprach angesichts der sowjetischen Haltung zu Beginn des Wahlkampfes um die Staatspräsidentenschaft von einer Wirtschaftsblockade, schon damals hatte Moskau die Lieferung lebenswichtiger Güter an Finnland gestoppt. Es ist nicht abzusehen, wie Kekkonen diese Klippe umschiffen will.

Im Innern stehen so wichtige Probleme wie die Frage der Löhne, Mieten und Preise zur Entscheidung. Hier wird Kekkonen die Unterstützung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften fehlen. Er wird sich auch auf eine radikale Opposition der Volksdemokraten und Kommu-

nisten gefaßt machen müssen, die sich große Hoffnungen auf eine Beteiligung an der Regierung gemacht und in diesem Zusammenhang auch Forderungen gestellt hatten, die ihrer zahlenmäßigen Stärke in keiner Weise entsprachen. Kekkonen wird von dieser Seite mit Provokationen, Demonstrationen und Streikexperimenten rechnen müssen, mit Versuchen, den politischen und sozialen Frieden des Landes um jeden Preis zu gefährden.

Wenn Kekkonen auch mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, eines Faktors kann er in jedem Falle gewiß sein, nämlich der nationalen Disziplin des finnischen Volkes, das sich in entscheidenden, das ganze Land angehenden Fragen stets hinter seine rechtmäßige Regierung stellt. Dennoch bleibt zweifelhaft, ob Kekkonen gelingt, was Fagerholm gelang, nämlich sich als Finanzminister durchzusetzen.

Jedes UN-Büro hat sein eigenes Klima

Das Sekretariatsgebäude des ständigen Hauptquartiers der Vereinten Nationen, das zur Zeit in New York im Entstehen begriffen ist, wird nach seiner Fertigstellung ein wahres Wunderwerk der Technik sein, wie die vom amerikanischen Eisen- und Stahlinstitut herausgegebene Zeitschrift „Steelways“ berichtet. Das Gerüst des 39 Stock hohen Gebäudes, für das 13 775 Tonnen Baustahl benötigt wurden, ist bereits aufgerichtet und zum Teil verkleidet. Das Gebäude ist 22 Meter breit, 86 Meter lang, 165 Meter hoch und wird schätzungsweise 4000 Angestellte beherbergen. Eines der hervorragenden Merkmale des Sekretariatsgebäudes wird die Klimaanlage sein, die modernste ihrer Art in der ganzen Welt. Unter den Fenstern sind rund 4000 Kontrollorgane angebracht, die einzeln reguliert werden und die es den Inhabern der äußeren Büroräume gestatten, das Klima nach ihrem Geschmack „einzustellen“.

PREISWERT im Fachgeschäft:

bei besten Qualitäten

Bw.-Nessel 80, 140, 160 cm breit
1.35 2.75 3.65 DM

Hemdentuch 80 cm breit 1.80 DM
und Linon

Drellhandtuch Stück 1.45
Trockentuch Stück 0.98

Textilhaus KRAUSE
LUDWIGSCHEIDT

Rosenthal-Kaffeefilterkanne „AROMA“

zur vollkommenen Kaffeezubereitung. Die Kaffeemaschine für jedermann in verschiedenen Größen vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

Reisedienst Geiter

Ruf 328

fährt Sonnabend, 25. März
letztmalig ins

Weißer Rössl

Ablahrt 17.45 Uhr

Anmeldungen sofort erbeten

Jahres-Lohnsteuer

Ausgleichstabelle 1950

DM 1.20

Gerichtskostentabelle

DM 1.25

Lohnpfändungstabelle

DM 2.—

Bürobedarf Wilh. Bell jr.

Halver

Danksagung.

Für die überaus tatkräftige und selbstlose Hilfsbereitschaft, die anlässlich des Brandes meiner Wirtschaftsgebäude von allen beteiligten Feuerwehren geleistet wurde und allen, die in nachbarlicher Hilfe an der Erhaltung meines Wohn- und Geschäftsraumes Anteil haben, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Max Müller.

Kreuzberg, den 14. März 1950.

Bäuerl. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Halver

Gelegenheitskauf!

1a Loden-Mäntel

zum Preise von DM 66.—
vorrätig.

Junger Mann

bis 18 Jahre der melken
kann, sofort gesucht.

Karl Eicker, Altemühle

Wohnungstausch!

Biete: 2 Zimmerwohnung in
Schalkmühle.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung
in Halver.

Angebote unter Nr. 215 an
Allgemeiner Anzeiger.

Kombinationen um Papst-Nachfolger

Sonderdienst

rs. Rom, 21. März

Für die immer wieder gestellte Frage, wer voraussichtlich der Nachfolger des gegenwärtigen Papstes werden wird, ist die Zusammensetzung des Kardinalskollegiums von entscheidender Bedeutung. Seit dem Februar 1946, als Papst Pius XII. die Mitgliederzahl des Kardinalskollegiums auf 70 erhöhte, sind 16 Kardinäle gestorben. Heute stehen 20 Italiener 34 Ausländern gegenüber. Von diesen sind fünf Franzosen, vier Amerikaner, drei Deutsche (Faulhaber, Frings und Preysing) und je zwei Spanier, Brasilianer, Argentinier und Portugiesen, Belgien, Oesterreich, Syrien, Polen, Kanada, Holland, Australien, Chile, Cuba, Armenien, Peru, England, Ungarn und China sind mit je einem Kardinal vertreten.

Damit wäre theoretisch durchaus die Möglichkeit gegeben, daß aus dem nächsten Konklave zum ersten Mal seit Jahrhunderten ein Nicht-italiener als Papst hervorgeht. Besonders die nordamerikanischen Kardinäle werden nach Ansicht gut unterrichteter Kreise alles versuchen, um zu erreichen, daß der nächste Papst aus ihrer Mitte gewählt wird. Sie sollen dabei angeblich mit den Stimmen fast aller nichtitalienischen europäischen Kardinäle rechnen können. Nur die elf Kardinäle der lateinischen Länder spanischer und portugiesischer Sprache würden voraussichtlich einen italienischen Papst einem Nordamerikaner vorziehen.

Vorerst aber liegt die Entscheidung über die Person des nächsten Papstes noch weitgehend in den Händen Pius XII. Denn es besteht begründete Aussicht, daß er noch in diesem Jahre, und zwar voraussichtlich im Sommer, neue Kardinalnennungen vornehmen wird. Hartnäckig erhalten sich die Gerüchte, daß er aus diesem Anlaß die Mitgliederzahl des Kardinalskollegiums von 70 auf 90 erhöhen wird.

Pius XII. pflegt sich bei derart wichtigen Entscheidungen fast ausschließlich auf seine Entscheidung zu verlassen. Nur dem Kardinal Micare sagt man auf Grund seiner fast freundschaftlichen Beziehungen zu Pius XII. ganz allgemein eine Möglichkeit der Einflußnahme zu. In unterrichteten Kreisen ist man der Meinung, daß der Papst Micare am liebsten als seinen Nachfolger sehen würde, da er eine Gewähr für die Fortführung der gegenwärtigen Politik bieten würde. Unter den italienischen Kardinälen werden außer Micare am häufigsten die Kardinäle Piazza und Ruffini als aussichtsreichste Kandidaten genannt.

Forellen fliegen nach Amerika

Freiburg. Im Glottental (Schwarzwald) wurden dieser Tage in Gegenwart von Filmreportern mehrere besonders prachtvolle Forellen gefangen, die auf echt badische Art als „Forellen blau“ hergerichtet wurden, um in Asien eingeführt, auf dem Luftweg nach den Vereinigten Staaten gebracht zu werden, wo am 30. März bei der Uebergabe des Militärflughafens Richmond an den zivilen Luftverkehr eine Friedensfeier stattfindet. Bei dem Friedensmahl werden die Schwarzwälder Forellen als besonderer Leckerbissen auf der Tafel erscheinen.

Schüler spendete für seine Schule

Schwerte. Günter Tinkhaus aus Schwerte, Schüler der Obersekunda der Oberschule für Jungen, gewann beim Fußball-Toto 74 000 DM. Er hat jetzt seiner Schule 3000 DM für die Unterstützung „guter, mitteloser Schüler“ überwiesen.

Schamloser Betrüger

Kassel. Der 51jährige Kurt Ziegler aus Witzzenhausen, ein ehemaliger Feldwebel, hatte nach seiner Entlassung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Angehörige vermiffter Soldaten aufgesucht, ihnen fälschlicherweise Grüße ausgerichtet und sich dafür mit Geld und anderen guten Gaben beschenken lassen. Um einen vertrauenswürdigen Eindruck zu erwecken, hatte er sich als Oberstleutnant a. D. ausgegeben. Die Kasseler Strafammer verurteilte diesen schamlosen Betrüger nunmehr zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 200 DM Geldstrafe.